

Stadt Braunschweig

Stellungnahme der Verwaltung

	<i>Fachbereich/Referat</i> Fachbereich 66	<i>Nummer</i> 8796/13
zur Anfrage Nr. 2032/13 d. Frau/Herrn/Fraktion SPD - Fraktion vom 06.02.2013	Datum 11.02.2013	
	Genehmigung	
Überschrift Ausbau des Glasfasernetzes in Braunschweig	Dezernenten Dez. III	
Verteiler Rat	Sitzungstermin 19.02.2013	

1. Welche Gründe hat die Verwaltung dafür ausgemacht, dass das Angebot der Telekom zum kostenlosen Glasfaseranschluss anders als in anderen Städten in Braunschweig nicht von rund 80 % der Eigentümer angenommen wurde?
2. Mit welchen konkreten Maßnahmen hat die Stadtverwaltung den geplanten Ausbau des Glasfasernetzes im Sinne des VA-Beschlusses vom 12. Juni 2012 unterstützt?
3. Welche Auswirkungen hat das Scheitern des Ausbaus des Glasfasernetzes auf die Unternehmen und Einrichtungen in den unmittelbar betroffenen Bereichen und darüber hinaus (Stichwort eWork) bzw. welche Alternativen zum Ausbau des Glasfasernetzes gibt es?

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu 1.:

Die Bereiche, die die Telekom für ihren geplanten Glasfaserausbau ausgewählt hatte, gehören eindeutig nicht zu den unterversorgten Teilen des Stadtgebietes. Der überwiegenden Anzahl der Haushalte stehen grundsätzlich Internetanschlüsse mit bis zu 100 Mbit/s über das Kabelfernsehnetz zur Verfügung.

Es kann daher davon ausgegangen werden, dass die dort lebenden Menschen mit der derzeitigen Versorgungssituation in der Regel zufrieden sind. Entsprechend schwieriger dürfte es sich gestaltet haben, gerade in diesen Bereichen die Zustimmung zum Anschluss der ausgewählten Gebäude von den Eigentümern zu bekommen, da der Anschluss meistens auch mit Tiefbauarbeiten auf den Privatgrundstücken verbunden ist.

Zum Aspekt „kostenlos“ muss man ergänzend darauf hinweisen, dass der Glasfaseranschluss für Ein- und Zweifamilienhäuser nur dann kostenlos errichtet worden wäre, wenn mindestens ein Endkunde auf dem betreffenden Grundstück einen von der Telekom unterbereiteten Vorvertrag über die Nutzung eines ihrer Glasfaserprodukte abgeschlossen hätte.

Zu 2.:

Die Verwaltung hat die Ausbauabsichten der Telekom durch ein entsprechendes Informationsschreiben an alle Eigentümer im geplanten Ausbaubereich unterstützt. Darin wurde ausgeführt, dass der Bedarf an leistungsstärkeren Übertragungs-Bandbreiten kontinuierlich steigt und die herkömmliche Kupferleitung schon heute vielfach an ihre Grenzen stößt. Die Eigentümer wurden dazu ermuntert, das Angebot der Telekom zu prüfen und - wenn es sie über-

zeugen würde - der Telekom ihre Zustimmung für den Glasfaseranschluss ihrer Immobilie zu erteilen.

Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die zukunftssichere Glasfasertechnologie den Standort Braunschweig stärken und den Wert der angeschlossenen Immobilien steigern würde.

Außerdem wurde die Möglichkeit der persönlichen Kontaktaufnahme zur Telekom eröffnet und auf eine Informationsveranstaltung der Telekom in der Stadthalle hingewiesen.

Darüber hinaus habe ich an einer Pressekonferenz der Telekom teilgenommen, in der diese das Projekt vorgestellt hat und Gespräche mit der Nibelungen Wohnbau GmbH geführt, um auch sie zu ermuntern, ihre Zustimmung zum Anschluss ihrer Immobilien im geplanten Ausbaubereich zu erteilen.

Die Wohnbaugesellschaften wurden im Rahmen des „Runden Tisches der Wohnungswirtschaft“ über die Ausbaubehabsichten der Telekom informiert.

Zu 3.:

Die Planungen der Telekom im Rahmen dieses Projektes sahen ausschließlich Produkte für eine private Nutzung vor.

Aus Sicht der Verwaltung gibt es derzeit hinsichtlich der langfristigen Zukunftssicherheit keine gleichwertige Alternative zum Ausbau des Glasfasernetzes.

Aber sowohl die Kabelfernsehnetze als auch die herkömmlichen Kupferleitungen haben noch Potential für höhere Übertragungsgeschwindigkeiten für die nächsten Jahre. Insofern besteht hier eine sehr gute Chance, dass der Markt das Angebot auch künftig der Nachfrage zeitnah anpassen wird.

Seit einiger Zeit steht neben den kabelgebundenen Versorgungsarten nun auch in Braunschweig die Funktechnik LTE zur Verfügung.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass in einigen Jahren ein Telekommunikationsunternehmen einen erneuten Versuch zum Ausbau des Glasfasernetzes unternimmt.

I. V.

gez.

Leuer

Es gilt das gesprochene Wort